

II-4001 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

FERDINAND LACINA
BUNDESMINISTER FÜR FINANZEN

GZ. 11 0502/325-Pr.2/91

1010 WIEN, DEN 2. Dezember 1991
HIMMELPFORTGASSE 8
TELEFON (0222) 51 433

An den
Herrn Präsidenten
des Nationalrates
Parlament
1017 Wien

1664 IAB
1991 -12- 03
zu 1716 J

Auf die - aus Gründen der besseren Übersichtlichkeit in Kopie beigeschlossene - schriftliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Norbert Gugerbauer und Genossen vom 4. Oktober 1991, Nr. 1716 /J, betreffend aufklärungsbedürftige Geschäfte der Universale Bau AG, beehre ich mich folgendes mitzuteilen:

Zu 1. bis 5.:

Die Universale Bau AG nimmt die Rechtsstellung einer selbständigen privatrechtlichen juristischen Person ein, an der keine Beteiligung des Bundes besteht.

Die in bezug auf diese Gesellschaft gestellten Fragen betreffen keine Gegenstände der Vollziehung und insbesondere keine Angelegenheiten der Verwaltung des Bundes als Träger von Privatrechten. Ich ersuche deshalb um Verständnis, daß ich im Hinblick auf das im § 90 Geschäftsordnungsgesetz 1975 determinierte Fragerecht zu den auf die genannte Gesellschaft bezogenen Fragen nicht Stellung nehme.

Hinsichtlich meiner im Punkt 4. der Anfrage angesprochenen Zuständigkeit zur Verwaltung der Anteilsrechte des Bundes an der Creditanstalt-Bankverein weise ich darauf hin, daß ich im Rahmen dieser Kompetenz nur über die nach den gesellschaftsrechtlichen Normen einem Aktionär zustehenden Befugnisse verfüge.

Beilage



BEILAGE

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Gugerbauer, Mag. Schreiner und Kollegen
an den Bundesminister für Finanzen
betreffend aufklärungsbedürftige Geschäfte der Universale Bau AG

Die Universale Bau AG, ein Tochterunternehmen der Creditanstalt-Bankverein, ist in mehrfacher Hinsicht vom WEB- und Bautreuhand-Skandal betroffen.

So mußte die Universale bei der dubiosen Transaktion rund um das Schloß Puchenau bei Linz 17 Millionen Schilling abschreiben, beim Verkauf der WEB-Wohnanlage Gaumberg in Oberösterreich schlugen sich die Geschäftsverbindungen der Universale mit dem WEB-/Bautreuhandimperium sogar mit einem Verlust von annähernd 100 Millionen Schilling zu Buche.

Zuletzt hat das genannte Bauunternehmen beim Konkurs der Bautreuhand Linz wiederum 18 Millionen Schilling als uneinbringlich abschreiben müssen.

Die enge Beziehung der Universale zu den Wohnbaugenossenschaften Bautreuhand und WEB - der kürzlich sogar der Gemeinnützigkeitsstatus entzogen wurde, weil deren Bilanz nicht ordnungsgemäß erstellt werden konnte - wirkte sich auch auf die Bilanz der Universale selbst aus:

Wie der jüngste Geschäftsbericht des CA-BV-Tochterunternehmens zeigt, verringerte sich der Gewinn der Baugesellschaft im Jahre 1990 - verglichen mit dem Vorjahr - um fast 30 %, die Abschreibungen auf das Anlagevermögen kletterten um 50 % in die Höhe und die Dividende auf das Grundkapital mußte von 1989 auf 1990 erheblich gekürzt werden.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Finanzen nachstehende

A n f r a g e

1. Sind Sie über die (seinerzeitigen) geschäftlichen Verbindungen der Universale Bau AG mit den Wohnbaugenossenschaften WEB und Bautreuhand vollständig informiert?
2. Wie erklären Sie sich die undurchsichtige Rolle, welche die Universale im Zusammenhang mit der Geschäftstätigkeit der betreffenden Wohnbaugenossenschaften gespielt hat?
3. Ist es Ihrer Meinung nach wirklich Aufgabe eines (indirekt) verstaatlichten Bauunternehmens, auf Kosten der öffentlichen Hand Wohnbaugenossenschaften zu sanieren?
4. Werden Sie Ihren gesellschaftsrechtlichen Einfluß im Aufsichtsrat der Creditanstalt-Bankverein geltend machen, um den Vorstand dieser Bank aufzufordern, im CA-Konzernbetrieb Universale Bau AG die notwendigen Konsequenzen aus dem WEB-Bautreuhand-Abenteuer zu ziehen?
5. Wie hoch schätzen Sie den der Universale Bau AG aus den diversen Geschäften mit den gegenständlichen Wohnbaugenossenschaften erwachsenen Schaden ein?

Wien, den 4.10.1991